

ZSU.2023.88 / ik / va
(SZ.2023.30)
Art. 101

Entscheid vom 27. Juli 2023

Besetzung Oberrichter Richli, Präsident
 Oberrichter Egloff
 Oberrichterin Massari
 Gerichtsschreiberin Kabus

Gesuchsteller **Kanton Aargau,**
 handelnd durch Gerichte Kanton Aargau, Generalsekretariat,
 Zentrale Inkassostelle der Gerichte, Laurenzenvorstadt 11, 5000 Aarau

Gesuchs- **A. _____,**
gegnerin [...]

Gegenstand Nachzahlungsverfahren

Das Obergericht entnimmt den Akten:

1.

Der Gesuchsgegnerin wurde im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege mit Entscheiden des Gerichtspräsidiums Zofingen SF.2013.51 vom 2. Juli 2013, des Obergerichts des Kantons Aargau XBE.2013.110 vom 16. Mai 2014 sowie des Gerichtspräsidiums Zofingen OF.2012.16 vom 7. Mai 2015 Verfahrens- und Honorarkosten der unentgeltlichen Rechtsvertretung im Umfang von insgesamt Fr. 10'485.80 vorgemerkt.

2.

2.1.

Der Gesuchsteller ersuchte beim Bezirksgericht Zofingen mit Eingabe vom 8. März 2023 um Eröffnung eines Nachzahlungsverfahrens gegen die Gesuchsgegnerin und Anordnung der Nachzahlung für den Betrag von Fr. 10'485.80.

2.2.

Mit Verfügung vom 17. März 2023 eröffnete der Präsident des Bezirksgerichts Zofingen das Nachzahlungsverfahren und forderte die Gesuchsgegnerin auf, sich innert 10 Tagen lückenlos über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse seit 8. März 2020 (Einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Schulden) auszuweisen (aktueller Lohnausweis, Mietvertrag, Kreditverträge, Quittungen für Darlehens- und andere Zinsen, neueste Steuererklärung und –einschätzung). Die Angaben seien auch für den Ehepartner zu machen. Im Unterlassungsfall werde die Nachzahlung angeordnet.

2.3.

Die Gesuchsgegnerin liess sich in der Folge nicht vernehmen.

2.4.

Der Präsident des Bezirksgerichts Zofingen erkannte am 17. April 2023 wie folgt:

" 1.

Die Gesuchsgegnerin wird verpflichtet, die ihr mit Entscheid des Gerichtspräsidiums Zofingen vom 2. Juli 2013 (SF.2013.51; vorsorgliche Massnahmen), mit Entscheid des Obergerichts des Kantons Aargau vom 16. Mai 2014 (XBE.2013.110 [KEMN.2013.284]; Aufhebung einer Massnahme) sowie mit Entscheid des Gerichtspräsidiums Zofingen vom 7. Mai 2015 (OF.2012.16; Änderung Scheidungsurteil) vorgemerkten und vorgeschossenen Gerichts- und Anwaltskosten im Gesamtbetrag von Fr. 10'485.80 der Staatskasse nachzuzahlen.

2.

Für den vorliegenden Entscheid werden keine Kosten erhoben und keine Parteientschädigungen zugesprochen."

3.

3.1.

Die Gesuchsgegnerin erhob gegen diesen ihr am 20. April 2023 zugestellten Entscheid mit Eingabe vom 26. April 2023 beim Obergericht des Kantons Aargau sinngemäss Berufung.

3.2.

Auf die Einholung einer Antwort des Gesuchstellers wurde verzichtet.

Das Obergericht zieht in Erwägung:

1.

1.1.

Eine Partei, der die unentgeltliche Rechtspflege gewährt wurde, ist zur Nachzahlung verpflichtet, sobald sie dazu in der Lage ist (Art. 123 Abs. 1 ZPO). Der Entscheid über die Pflicht zur Nachzahlung kann – entgegen der insofern unzutreffenden Rechtsmittelbelehrung der Vorinstanz – in analoger Anwendung von Art. 121 ZPO mit Beschwerde gemäss Art. 319 ZPO angefochten werden (VIKTOR RÜEGG/MICHAEL RÜEGG, in: Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl. 2017, N. 1a zu Art. 123 ZPO). Die Berufung der Gesuchsgegnerin ist daher als Beschwerde entgegenzunehmen.

1.2.

1.2.1.

Mit der Beschwerde können die offensichtlich unrichtige Feststellung des Sachverhalts und die unrichtige Rechtsanwendung geltend gemacht werden (Art. 320 ZPO). Offensichtlich unrichtig bedeutet willkürlich (Urteil des Bundesgerichts 4A_149/2017 vom 28. September 2017 E. 2.2). Neue Anträge, neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel sind ausgeschlossen (Art. 326 Abs. 1 ZPO). Das gilt sowohl für echte als auch für unechte Noven und auch in Verfahren, welche wie das Nachzahlungsverfahren der (beschränkten) Untersuchungsmaxime unterstehen, da die Beschwerde nicht der Fortführung des erstinstanzlichen Prozesses, sondern grundsätzlich nur der Rechtskontrolle des erstinstanzlichen Entscheids dient (Urteil des Bundesgerichts 5A_405/2011 vom 27. September 2011 E. 4.5.3; DIETER FREIBURGHaus/SUSANNE AFHELDT, in: Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. Aufl. 2016, N. 3 f. zu Art. 326 ZPO).

1.2.2.

Die in der Rechtsmitteleingabe der Gesuchsgegnerin erstmals im Beschwerdeverfahren geltend gemachten Tatsachenbehauptungen sind somit unbeachtlich. Dies wäre im Übrigen gestützt auf Art. 317 Abs. 1 lit. b

ZPO auch dann der Fall, wenn die Rechtsmitteleingabe der Gesuchsgegnerin als Berufung entgegenzunehmen wäre, denn es ist weder ein Grund ersichtlich noch dargetan, weshalb diese Behauptungen nicht bereits im vorinstanzlichen Verfahren hätten geltend gemacht (und belegt) werden können, zumal die Vorinstanz die Gesuchsgegnerin mit Verfügung vom 17. März 2023 ausdrücklich ersuchte, sich innert 10 Tagen lückenlos über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse seit 8. März 2020 auszuweisen und diese Angaben auch für den Ehepartner zu tätigen.

1.3.

1.3.1.

Die Beschwerde ist schriftlich und begründet einzureichen (Art. 321 Abs. 1 ZPO). In der Beschwerdebegründung ist darzulegen, worauf der Beschwerdeführer seine Legitimation stützt, inwieweit er beschwert ist, auf welchen Beschwerdegrund er sich beruft und an welchen Mängeln der angefochtene Entscheid leidet. Insofern besteht im Beschwerdeverfahren eine Rückpflicht (BGE 138 III 374 E. 4.3.1 analog; Urteil des Bundesgerichts 5A_488/2015 vom 21. August 2015 E. 3.2.1; FREIBURGHaus/AFHELDT, a.a.O., N. 14 f. zu Art. 321 ZPO). Die Beschwerde hat konkrete Rechtsbegehren zu enthalten, aus denen hervorgeht, in welchem Umfang der vorinstanzliche Entscheid angefochten und ob ein reformatorischer oder ein kassatorischer Entscheid angestrebt wird. Ein Rechtsbegehren muss so bestimmt sein, dass es im Falle der Gutheissung der Klage unverändert zum Urteil erhoben werden kann (BGE 137 III 617 E. 4.3; Urteil des Bundesgerichts 5A_3/2019 vom 18. Februar 2019 E. 3).

Bei mangelhaften Begründungen oder ungenügenden Rechtsbegehren ist keine Nachfrist zur Verbesserung gemäss Art. 132 ZPO anzusetzen (BGE 137 III 617 E. 6.4; Urteil des Bundesgerichts 5A_82/2013 vom 18. März 2013 E. 3.3.3). Auf eine Beschwerde mit formell mangelhaften Rechtsbegehren ist ausnahmsweise einzutreten, wenn sich aus der Begründung – allenfalls in Verbindung mit dem angefochtenen Entscheid – ergibt, was der Beschwerdeführer in der Sache verlangt. Rechtsbegehren sind im Lichte der Begründung auszulegen (BGE 137 III 617 E. 6.2 analog).

1.3.2.

1.3.2.1.

Die vorliegende Beschwerde enthält keine formellen Anträge. Zu prüfen ist, ob ihr unter Berücksichtigung der Begründung und des angefochtenen Entscheids mit ausreichender Klarheit entnommen werden kann, was angestrebt wird.

1.3.2.2.

1.3.2.2.1.

Zur Begründung der angeordneten Nachzahlung erwog die Vorinstanz, bei der Ermittlung der Grundlagen für den Entscheid über die Nachzahlung sei

die Gesuchsgegnerin mitwirkungspflichtig. Lege sie ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht offen, sei auf die Darstellung des Gesuchstellers abzustellen und die Nachzahlung anzuordnen. Dies sei der Gesuchsgegnerin mit Verfügung vom 17. März 2023 mitgeteilt worden. Da sie säumig geblieben sei, sei die Nachzahlung anzuordnen.

1.3.2.2.2.

Mit Beschwerde machte die Gesuchsgegnerin geltend, dass sie entgegen der Erwägungen der Vorinstanz dieser ein Schreiben eingereicht habe. Sie könne sich nicht erklären, weshalb die Vorinstanz dieses nicht erhalten habe. Deswegen reiche sie das Rechtsmittel ein. Ihre finanzielle Situation sei ernst, so dass der Privatkonkurs eröffnet worden sei.

1.3.2.3.

Aus der Begründung der Beschwerde geht zwar nicht klar hervor, weshalb und inwiefern der angefochtene Entscheid abgeändert oder aufgehoben werden soll. Ihr lässt sich jedoch entnehmen, dass die Gesuchsgegnerin mit dem vorinstanzlichen Entscheid nicht einverstanden ist, weil sie nicht in der Lage sei, der Nachzahlung der ihr gewährten unentgeltliche Rechtspflege nachzukommen, was als sinngemässer Antrag auf Aufhebung des Entscheids zu verstehen ist. Zudem stellt sie sinngemäss das Gesuch um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege für das Beschwerdeverfahren.

Allerdings ist fraglich, ob sich die Gesuchsgegnerin in ihrer Begründung substantiiert mit den vorinstanzlichen Erwägungen auseinandersetzt und darlegt, inwiefern der angefochtene Entscheid in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht falsch sei. Da die Beschwerde ohnehin abzuweisen ist (vgl. E. 2 nachstehend), kann offen bleiben, ob sie dem gesetzlichen Begründungserfordernis genügt und darauf einzutreten wäre.

2.

Die Gesuchsgegnerin legte beschwerdeweise weder das von ihr angeblich an die Vorinstanz gerichtete Schreiben noch irgendwelche diesem Schreiben allenfalls beigelegten Belege betreffend ihre finanzielle Situation auf. Mangels Zustellnachweis oder anderweitiger Bescheinigung über den Eingang des Schreibens bei der Vorinstanz ist nicht davon auszugehen, dass das Schreiben ihr je zugegangen ist. Die Gesuchsgegnerin hat sich vor der Vorinstanz folglich nicht über ihre Einkommens- und Vermögenssituation ausgewiesen, womit sie ihre Mitwirkungspflicht verletzt hat. Im Beschwerdeverfahren kann sie dies nicht nachholen, da hier neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel ausgeschlossen sind (vgl. E. 1.2.1 hiavor). Dies hat sie jedoch nicht einmal versucht.

Aufgrund der fehlenden Mitwirkung der Gesuchsgegnerin ist die vorinstanzliche Annahme ihrer Nachzahlungsfähigkeit und somit auch die angeordnete Nachzahlung von Fr. 10'485.80 nicht zu beanstanden (vgl. zur Rechtsfolge der Anordnung der Nachzahlung bei fehlender Mitwirkung: ALFRED BÜHLER, in: Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 2012, N. 39 zu Art. 123 ZPO; DANIEL WUFFLI/DAVID FUHRER, Handbuch unentgeltliche Rechtspflege im Zivilprozess, 2019, N. 1083). Die dagegen gerichtete Beschwerde ist folglich abzuweisen, soweit darauf einzutreten ist.

3.

3.1.

Die Gesuchsgegnerin ersuchte sinngemäss für das Beschwerdeverfahren um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege.

3.2.

3.2.1.

Gemäss Art. 117 ZPO hat eine Person Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn sie nicht über die erforderlichen Mittel verfügt (lit. a) und ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint (lit. b).

Als aussichtslos i.S.v. Art. 117 lit. b ZPO sind nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung Prozessbegehren anzusehen, bei denen die Gewinnaussichten beträchtlich geringer sind als die Verlustgefahren und die deshalb kaum als ernsthaft bezeichnet werden können. Dagegen gilt ein Begehren nicht als aussichtslos, wenn sich Gewinnaussichten und Verlustgefahren ungefähr die Waage halten oder jene nur wenig geringer sind als diese. Massgebend ist, ob eine Partei, die über die nötigen Mittel verfügt, sich bei vernünftiger Überlegung zu einem Prozess entschliessen würde. Eine Partei soll einen Prozess, den sie auf eigene Rechnung und Gefahr nicht führen würde, nicht deshalb anstrengen können, weil er sie – zumindest vorläufig – nichts kostet. Ob im Einzelfall genügende Erfolgsaussichten bestehen, beurteilt sich aufgrund einer vorläufigen und summarischen Prüfung der Prozessaussichten, wobei die Verhältnisse im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs massgebend sind (statt vieler BGE 142 III 138 E. 5.1 m.w.H.).

3.2.2.

Aufgrund der fehlenden Mitwirkung der Gesuchsgegnerin waren im vorliegenden Beschwerdeverfahren die Gewinnaussichten von Anfang an beträchtlich geringer als die Verlustgefahren, weshalb sie kaum als ernsthaft bezeichnet werden konnten. Daher war die Beschwerde gegen den vorinstanzlichen Entscheid von vornherein aussichtslos. Das Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege für das Beschwerdeverfahren ist deshalb abzuweisen.

4.

Bei diesem Ausgang des Beschwerdeverfahrens hat die Gesuchsgegnerin die obergerichtliche Entscheidgebühr zu bezahlen und ihre Parteikosten selber zu tragen (Art. 106 Abs. 1 ZPO).

Das Obergericht beschliesst:

Das Gesuch der Gesuchsgegnerin um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wird abgewiesen.

Das Obergericht erkennt:

1.

Die Beschwerde wird abgewiesen, soweit darauf eingetreten wird.

2.

Die obergerichtliche Entscheidgebühr von Fr. 500.00 wird der Gesuchsgegnerin auferlegt.

3.

Es wird keine Parteientschädigung zugesprochen.

Zustellung an:
[...]

Rechtsmittelbelehrung für die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten

Dieser Entscheid kann wegen Verletzung von Bundesrecht, Völkerrecht, kantonalen verfassungsmässigen Rechten sowie interkantonalem Recht innert **30 Tagen** seit der Zustellung mit **Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten** beim **Schweizerischen Bundesgericht**, 1000 Lausanne 14, angefochten werden. Die Frist steht still vom 7. Tag vor bis und mit 7. Tag nach Ostern, vom 15. Juli bis und mit 15. August und vom 18. Dezember bis und mit 2. Januar. Die unterzeichnete Beschwerde muss das Begehren, wie der Entscheid zu ändern sei, sowie in gedrängter Form die Begründung, inwiefern der angefochtene Akt Recht verletzt, mit Angabe der Beweismittel enthalten. Der angefochtene Entscheid und als Beweismittel angerufene Urkunden sind beizulegen (Art. 82 ff. des Bundesgesetzes über das Bundesgericht [Bundesgerichtsgesetz, BGG; SR 173.110] vom 17. Juni 2005).

Aarau, 27. Juli 2023

Obergericht des Kantons Aargau

Zivilgericht, 4. Kammer

Der Präsident:

Die Gerichtsschreiberin:

Richli

Kabus